

Der Gehilfe seines Führers

Prof. Dr. Ernst Forsthoff - damals und heute Apologet des faschistischen Führerstaates und Antisemit

Der westdeutsche Professor des Staats- und Verwaltungsrechts, Ernst Forsthoff, wurde zum Präsidenten des obersten Verfassungsgerichtes der Republik Zypern berufen. Es ist ein Amt mit außerordentlich weitreichenden Vollmachten: Demokratie und Freiheit, Verfassung und Gesetz, Grundrechte und Leben der Bürger Zyperns sind in die Hand seines Inhabers gegeben. Der erste Inhaber dieses Amtes wird sogar die Verfassungsordnung jenes Gerichtes selbst ausarbeiten müssen, denn außer einigen Artikeln in der Verfassung Zyperns gibt es bislang für die Tätigkeit jenes Verfassungsgerichtes noch gar keine gesetzlichen Grundlagen. Unsere nationale und internationale Verantwortung gebietet, zu prüfen, wer Ernst Forsthoff ist.

Forsthoffs Aufstieg ist aufs engste mit dem Hochkommen der hitlerfaschistischen Diktatur und mit der Zerstörung der Weimarer Republik verbunden. Bereits 1933 ließ er sein Buch „Der totale Staat“ erscheinen, ein Machwerk, das der brutalen Nazidiktatur den Weg ebnete.

Forsthoff zeigt sich in dieser Schrift als fanatischer Antisemit. Er bereitet all die unsagbaren Grausamkeiten und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die das Naziregime im Laufe seiner Existenz verübt hat, intellektuell vor und versucht, sie im Voraus zu rechtfertigen:

„Erst dann, wenn der Jude jeden Versuch seiner Beteiligung an dem geistigen und politischen Dasein des deutschen Volkes aufzugeben und sich ganz auf sein Judentum zurückziehen wird, erst dann wird der Jude aufgehört, der Feind zu sein.“ (Der totale Staat, 1934, S. 42.)

Forsthoff ist ein schwülstiger Anbeter seines Führers, des Naziführers, den er so anhimmt:

„Führer ist ein Vorgang, der sich in der höchsten, einem Volk zugänglichen Rangspäre vollzieht.“ („Von den Aufgaben der Verwaltungswissenschaft“, Deutsches Recht, 1933, Bd. 5, S. 394.)

Selbst kriminelle Verbrechen, wie die Mordserien innerhalb der faschistischen Führerelite, vollziehen sich für Forsthoff in dieser „höheren Rangspäre“ und er gewinnt ihnen „staatsrechtliche Aspekte“ ab:

„Staat und nationalsozialistische Bewegung bilden eine unteilbare, in dem Vorhaben des Führers teils aufzuführende SA-Führer besonders ansehnlich in die Erscheinung getretene Einheit.“ („Der totale Staat“, 1934.)

Forsthoff war Hochschullehrer im Nazistaat und erzog die Studenten zu Werkzeugen der Nazis: „Jeder Beamte... ist ein Gehilfe des Führers“ - dieser Satz, den er in seinem schon zitierten Aufsatz „Von den Aufgaben der Verwaltungswissenschaft“ schrieb, ist sein politisches Credo und kennzeichnet seine eigene Einstellung und Haltung. Er fühlte sich als Gehilfe

des Braunauers und handelte so. Da hatte irgendjemand einmal einen leisen Einwand gewagt - Forsthoffs erhobener Zeigefinger wies ihn zurecht:

„Wer das behauptet, diskreditiert an der Realität des nationalsozialistischen Staates ideologisch vorbel und verfehlt die Möglichkeit einer wirklichen wissenschaftlichen Einsicht.“ („Führung und Planung“, Deutsches Recht 1937, Bd. 7, S. 48/49.)

Diesen Satz lese man genau! Denn Forsthoff behauptet rundweg: Wer kein Nazi ist, kann auch kein Wissenschaftler sein! Das braucht keinen Kommentar.

Das Naziregime, das alle demokratischen Rechte und Freiheiten zerstörte, das die demokratischen Kräfte terrorisierte und drangsalierte, das mit dem zweiten Weltkrieg so große Not und großes Elend über die Völker Europas brachte - für Forsthoff war es der unüberschreitbare Zenith des 20. Jahrhunderts! Forsthoff spricht von dessen „spezifischer Überlegenheit“ und „beispielhafter Bedeutung für die Staatswirklichkeit des 20. Jahrhunderts“ („Führung und Planung“, 1937).

Bei weitem erschöpfen sich die Dienste Forsthoffs für die Herren der Monopole und die von diesen an die Macht geschobenen Nazis nicht in dem, was bisher angeführt wurde. Als es den monopolkapitalistischen Ausbeutern und ihrem faschistischen und militaristischen Küngeleien besonders darauf ankam, den brutalen Charakter des Faschistenregimes zu verschleiern, den Ausbeutercharakter des faschistischen Staates zuzudecken und Illusionen von der „Volksgemeinschaft“ zu nähren, brachte Forsthoff ein Buch heraus, in dem er eine „Sozialfunktion“ des NS-Staates erfand und eine Lehre „begründete“, der zufolge das Hauptanliegen des faschistischen Staates die „Daseinsvorsorge für die Staatsgenossen“ sei. Der Nazistaat der profitgierigsten Monopolherren und brutalsten Militaristen - nach Forsthoff ist das so etwas wie ein einziges Wohlfahrtsamt, eine Einrichtung der Heilsarmee!

Forsthoff hatte beobachtet, was vor ihm andere längst gesehen hatten, nämlich, daß der Staat Wasserwerke, Gasanstalten, Elektrizitätswerke, Verkehrsmittel u. ä. unterhält. Diese naive Beobachtung nun wird von ihm solange gedreht und gewendet und aufgeblasen, bis eine „Theorie“ daraus geworden ist - eben die Theorie vom faschistischen Staat als dem Instrument der Daseinsvorsorge für seine Bürger. Das heißt wirklich vor den Monopolherren und Nazifaschisten platt auf dem Bauch liegen und ihnen die Stiefel zu lecken. Es kennzeichnet übrigens den Niedergang der deutschen Staatsrechtswissenschaft in der faschistischen Zeit und im heutigen Westdeutschland, daß die Primitivität Anklang fand und Anklang findet. Die Auffassung vom Staat der „Daseinsvorsorge“ setzte sich durch; sie entspricht aufs beste den Verschleierungsinteressen der Monopole - gestern wie heute.

Der faschistische Räuberstaat, den Forsthoff so preist, ist inzwischen von den Völkern Europas weggeräumt worden und es ist klar geworden, daß das 20. Jahrhundert das Jahrhundert des Triumphes des Sozialismus ist. Längst ist das sozialistische Lager der dominierende Faktor der Weltpolitik. Die Geschichte, das Leben selbst haben Herrn Forsthoff korrigiert, der sich eben deshalb gründlich verrechnet, weil er zwar ein Nazi war, aber kein Wissenschaftler.

Auch das Ende des zweiten Weltkrieges und die Entwicklung der Welt seitdem haben Forsthoff noch nicht belehrt. Wir müssen leider fest-

stellen, daß Forsthoff der ergebene Diener des Monopolkapitals geblieben ist, der er stets war. 1949 schrieb er im Vorwort seines „Lehrbuches des Verwaltungsrechts“:

„Der Plan des vorliegenden Bandes und die wesentlichen Grundgedanken, nach denen er ausgeführt werden sollte, lagen bereits vor Kriegsausbruch fest. Nahezu die Hälfte des Buches wurde während des Krieges niedergeschrieben. Nach der Kapitulation stellte es sich heraus, daß an der gesamten Konzeption nichts geändert zu werden brauchte. Die Notwendigkeit und die Fragestellung... waren die gleichen geblieben, so konnte das Buch in dem folgenden Jahre zu Ende geführt werden. Die vor 1945 entstandenen Teile wurden nachträglich der veränderten Gesetzeslage angepaßt.“ (Forsthoff, Lehrbuch des Verwaltungsrechts, 1. Band, München und Berlin, 1953, S. VII.)

Die Konzeption Forsthoffs ist unverändert, wie er selbst sagt. Sein Verwaltungslehrbuch ist somit die Zusammenfassung und Systematisierung der „Erfahrungen“ der Verwaltung des Nazistaates, d. h. der Ausplünderung der Werktätigen, und sollte ihrer Unterdrückung durch die Staatsmacht der Monopole sowie der „juristischen“ Bemühungen dienen.

Dementsprechend ist auch seine heutige praktische und theoretische Tätigkeit. Als vor einigen Jahren in Westdeutschland die machtvollen Streikbewegungen einsetzten, und die monopolistischen Herren Westdeutschlands befürchteten, der Bundestag könne den berechtigten Forderungen der Werktätigen nachgeben, da war Forsthoff eines der Instrumente, mit denen die westdeutschen reaktionären Kreise den Gegenanschlag zu führen gedachten. Er arbeitete ein sogenanntes Rechtsgutachten aus, in dem er Streiks, die das Ziel verfolgten, für die Werktätigen günstigere gesetzliche Regelungen durchzusetzen, kurzerhand für rechtswidrig erklärte, überhaupt die Mitbestimmung der Werktätigen im Staat ablehnt und er sich dazu versteigt, zu behaupten, die Arbeiter müßten den Schaden, der den Kapitalisten durch solchen Streik entstanden ist, bezahlen!

Ziehen wir die Bilanz. Der Apologet des faschistischen Führerstaates wird beauftragt, die Freiheit der Bürger Zyperns zu „schützen“. Der Rassenfanatiker soll das Problem des guten Zusammenlebens der etwa 400 000 Griechen und 114 000 Türken auf Zypern lösen helfen. Der Rechtfertiger faschistischer Mörder soll die demokratischen Rechte Zyperns „verteidigen“.

Man könnte die Affäre als einen Treppenzug der Weltgeschichte aufassen. Man darf das nicht, denn es ist im wahren Sinne des Wortes blutiger Ernst. Mit Rechtswissenschaft und Rechtsprechung, mit der Hebung des deutschen Ansehens im Ausland (wie westdeutsche Zeitungen glauben machen wollen) hat die Benennung Forsthoffs auch nicht das geringste zu tun. Es handelt sich um nichts anderes als um einen Schachzug der Monopolherren. Das Bild ist völlig klar. Forsthoff war ein ergebener Gehilfe seines Führers, ein eifriger Bediensteter der Monopole, die damals in ganz Deutschland und heute noch in Westdeutschland die Machtpositionen haben.

Seine Benennung für ein hohes Staatsamt im Ausland muß als ein kolonialistischer Vorstoß des deutschen Imperialismus gewertet werden, ein Versuch, im Mittelmeerraum Fuß zu fassen. So ist die Benennung Forsthoffs zugleich eine unverschämte Provokation aller demokratischen nationalbewußten Kräfte, ein Schlag gegen das Ansehen unserer Nation, die Festigung der Völkerfreundschaft und den Frieden.

Dozent Dr. Ulrich Krüger, Direktor des Instituts für Staatsrecht

Klare Köpfe für den Kampf um den Sieg des Sozialismus

Erfolgreicher Abschluß eines Wochenlehrganges der Universitäts-Parteileitung

Etwa 150 Wissenschaftler des Instituts für Marxismus-Leninismus, des Instituts für Philosophie, des Franz-Mehring-Instituts und als Gäste Vertreter des gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums an der DHK, der Bauhochschule und der Hochschule für Binnenhandel nahmen in der Zeit vom 12. bis 17. 9. 1960 an einem von der SED-Parteileitung Karl-Marx-Universität durchgeführten Lehrgang teil.

Im Mittelpunkt aller Referate und Seminare standen die Probleme des Hauptinhaltes der gegenwärtigen Epoche, der Politik der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten mit verschiedenen Gesellschaftsordnungen, der Notwendigkeit der Bündigung des Militarismus in Westdeutschland und des Kampfes um den Sieg des Sozialismus in der DDR. Sie wurden verbunden mit den Erfahrungen und Aufgaben der propagandistischen Arbeit an den verschiedenen Fakultäten.

Genosse Wetzel, Sekretär der Bezirksleitung, wies in seiner Lektion auf dem Lehrgang darauf hin, daß nur höchste Kenntnisse in der Theorie des Marxismus-Leninismus Erfolge der Partei und eine wissenschaftliche Politik garantieren.

Das Ziel des Lehrganges bestand darin, die Mitarbeiter der genannten Institute vor Beginn des neuen Studienjahres mit den gegenwärtig wichtigsten Problemen der Theorie und Praxis des Kampfes der Arbeiterklasse und der gesamten friedliebenden Menschheit vertraut zu machen. Gleichzeitig sollte damit die ideologisch-politische Einheit in der Lehr-, Erziehungs- und Forschungsarbeit zwischen diesen drei Instituten gefördert werden. Ist es doch ihre Aufgabe, die Lehre des Marxismus-Leninismus auf der Grundlage der Erkenntnisse der Klassiker der Parteibeschlüsse, damit der Erfahrungen der kommunistischen und Arbeiterparteien, lebendig und prinzipiell im Kampf gegen unwissenschaftliche, falsche und feindliche Auffassungen zu übermitteln.

Nach sechs Tagen intensiver Arbeit kann festgestellt werden, daß das gesteckte Ziel des Lehrganges voll erreicht wurde. Die Themen waren richtig gewählt, um auf die Schwerpunkte der Arbeit im kommenden Studienjahr zu orientieren. Referate wurden gehalten über die internationale und nationale Lage (Genosse Wetzel), die der Industrie vom 9. Plenum gestellten Aufgaben (Genosse Arnold, Mitarbeiter der Wirtschaftskommission des Politbüros), die Entwicklung der sozialistischen Landwirtschaft nach dem 8. Plenum (Genosse Heinze, Sekretär der Bezirksleitung Leipzig), die Aufgaben der Parteiorganisation Karl-Marx-Universität im neuen Studienjahr (Genosse Böhme, Erster Sekretär der Universitäts-Parteileitung), einige Hauptfragen der weiteren ideologisch-politischen Arbeit des gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums (Genosse Mäder, Abteilung Wissenschaften des ZK) und über Schlußfolgerungen aus der bisherigen Arbeit des Instituts für Marxismus-Leninismus für das bevorstehende Studienjahr (Genosse Prof. Dr. Beyer, Institutsdirektor). Die Referate gaben eine ausgezeichnete Anleitung und Hilfe, ja sie waren, besonders die der Ge-

nossen Wetzel, Heinze und Böhme, beispielgebend für die Arbeit eines Propagandisten.

In allen Seminaren gab es lebhafte, offene und ehrliche Diskussionen über ideologisch-politische Grundfragen und über Mängel der eigenen Arbeit. Neben den guten Erfolgen, die z. B. in den verbesserten Prüfungsergebnissen des Grundstudiums zum Ausdruck kamen, zeigten sich jedoch auch auf dem Lehrgang einige Schwächen, die es jetzt besonders energisch zu überwinden gilt. Wie der Lehrgangsleiter, Genosse Handel, Stellvertreter des Ersten Sekretärs der Universitäts-Parteileitung, im Schlußwort hervorhob, laufen sie in der Hauptsache auf zwei Erscheinungen hinaus:

Nach wie vor weisen das Studium und die Auswertung der Beschlüsse der Partei und der Regierung der DDR noch ernste Mängel auf. Häufig werden sie oberflächlich studiert und in ihrem Wesen ungenügend durchdringt. Das Ergebnis ist eine buchstabenmäßige Aneignung der Beschlüsse und ihre subjektive Auslegung. So wurden zum Beispiel in einem Seminar der Abteilung Marxismus-Leninismus an der Medizinischen Fakultät Diskussionen darüber geführt, ob die drei Alternativen des Deutschlandplanes des Volkes drei Möglichkeiten für die Entwicklung in ganz Deutschland beinhalten. Einige Genossen beachteten nicht, daß es eben für die Existenz der deutschen Nation und die Lösung der nationalen Frage in Deutschland nur eine einzige Alternative, eine einzige Möglichkeit gibt: Zerschlagung des westdeutschen Militarismus, Herstellung demokratischer Verhältnisse in Westdeutschland, nationale Wiedervereinigung über den Weg der Konföderation, wie im Deutschlandplan des Volkes erläutert und in der Abrüstungsschrift der Regierung der konkrete nächste Schritt gezeigt wird.

Es kommt darauf an, ständig, entsprechend den Veränderungen der nationalen und internationalen Lage, die neuen Ergebnisse und Erkenntnisse einfließen zu lassen, z. B. die ständig vor sich gehende Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus überzeugend durch konkrete Fakten zu beweisen. Für die propagandistische Tätigkeit ist es - wie Genosse Wetzel ausführte - notwendig, den unermeßlichen Reichtum der Leninschen Lehren und zu den Grundgedanken Lenins die Erkenntnisse und Erfahrungen der Bruderparteien zu studieren und zu verbreiten. Nachdrücklich brachte das auch Genosse Mäder mit der Feststellung zum Ausdruck, daß das wissenschaftliche Niveau in der Lehrtätigkeit noch nicht den gegenwärtigen Anforderungen entspricht, indem fälschlicherweise noch immer manche Genossen meinen, das wissenschaftliche Niveau drücke sich in höchster Abstraktion bei der Darlegung der Probleme aus.

Ein anderer, wesentlicher Mangel der Arbeit im Grundstudium besteht gegenwärtig noch darin, daß nicht alle Genossen und Mitarbeiter dieser Institute verantwortungsbewußt und beharrlich den Kampf gegen vorhandene Schwächen in der Arbeit führen.

Hier gibt es noch zuwenig gründliche und parteiliche Auseinandersetzungen, tritt noch Liberalismus und Versöhnlichkeit, selbst gegenüber eigenen Beschlüssen auf. Wenn in der Leitung des Instituts für Marxismus-Leninismus mit solchen Auseinandersetzungen erfolgreich begonnen wurde, so kommt es jetzt darauf an, sie weiterzuführen und vor allem in die Abteilungen und Fachrichtungen hineinzutragen. An allen drei Instituten muß eine kritischere Atmosphäre geschaffen werden.

Besonders Genosse Böhme zeigte anschaulich, welche Aufgaben, die vor der Partei an der Universität stehen, von den Genossen zu ihrer eigenen Sache gemacht werden müssen, damit durch ideologisch-politische Klarheit maximale wissenschaftliche Ergebnisse erzielt werden, durch die wir zur Lösung der ökonomischen Hauptaufgabe beitragen. Das erfordert höchstes Niveau in Lehre und Forschung, gründliches Studium und Auswertung der Parteibeschlüsse, verstärktes Studium der Werke der Klassiker des Marxismus-Leninismus, parteimäßige Auseinandersetzungen und echten wissenschaftlichen Meinungsstreit, Orientierung auf die ideologisch-politischen Hauptprobleme und enge Verbindung zur Praxis.

Elfriede Heyne, Persönliche Referentin des Prorektors für Marxismus-Leninismus

Universitätszeitung, 28. 9. 1960, S. 5

Zur Bedeutung des Staatsrates

Bei der Beantwortung von Kompetenzfragen von den Grundfragen ausgehen!

Bei der Beantwortung solcher Fragen, wie nach dem Verhältnis zwischen dem Staatsrat gefaßten Beschlüssen und den Gesetzen unserer Volkskammer muß man vom Wesen unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht ausgehen, in der unter Führung der Arbeiterklasse die politisch-moralische Einheit unseres Volkes immer festere Gestalt annimmt.

Die Volkskammer und der Staatsrat sowie alle anderen Staatsorgane haben die Aufgabe, die Politik der Partei der Arbeiterklasse zu verwirklichen, um bei der Meisterung der objektiv bedingten historischen Aufgabe der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten entscheidend mitzuhelfen. Diese einheitliche Grundlage und Aufgabenstellung läßt keinen „Kompetenzstreit“ zu. Die Volkskammer ist das oberste Organ unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates. Der Staatsrat ist der Volkskammer gegenüber verantwortlich und rechenschaftspflichtig. Im Staatsrat hat die Volkskammer ein Instrument erhalten, das ihre Schlagkraft erhöht, das ihr bei der Verwirklichung ihrer Aufgaben hilft, das ihr noch besser ermöglicht, die Einheit von Beschlussfassung,

Durchführung und Kontrolle herzustellen.

Das geschieht in Verwirklichung der dem Staatsrat vor allem in Artikel 106 unserer Verfassung übertragenen Funktionen, insbesondere dadurch, daß er zur Herstellung einer noch strafferen zentralen Leitung Beschlüsse faßt. Entsprechend dieser Stellung des Staatsrates im System der Arbeiter-und-Bauern-Macht haben die Beschlüsse die gleiche Kraft wie die Gesetze.

Auf Grund der einheitlichen Macht der Arbeiter und Bauern gibt es keinen Widerspruch zwischen verschiedenen Organen und ihren Normativakten, gibt es keinen Widerspruch zwischen Gesetzen und Beschlüssen, sondern sie stehen voll im Einklang miteinander, weil sie alle die gleiche Grundlage haben und dem gleichen Zweck dienen, der bewußten Durchsetzung des objektiv gesetzmäßigen Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus.

Die nationale Bedeutung des Staatsrates

Die nationale Bedeutung der Bildung des Staatsrates besteht darin, daß mit ihm ein Organ der sozialistischen Demokratie geschaffen wurde, das die gesellschaftliche und staatliche Ordnung, die Herrschaft der

Arbeiterklasse, und damit die Deutsche Demokratische Republik, als die staatliche Basis des Kampfes um die nationale Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender demokratischer Staat festigen und weiterentwickeln hilft. Die nationale Bedeutung des Staatsrates kommt darin zum Ausdruck, daß sich in seiner Zusammensetzung die Einheit aller in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland vereinten patriotischen Kräfte des Volkes widerspiegelt.

Wie steht es dagegen mit Bundespräsident und Bundeskanzler unter den Verhältnissen der immer brutaleren und unverhüllten klerikal-militaristischen Diktatur in Westdeutschland? - Der Bundespräsident ist Organ dieser klerikal-militaristischen Diktatur gegen das Volk. Die Ausübung des Präsidentenamtes wirkte unter Heuß wie unter Lübke stets als Schranke gegen die Durchsetzung der Interessen der Nation und des Friedens.

Noch mehr trifft dies jedoch auf den Bundeskanzler zu, denn staatlichen Hauptorgan der klerikal-militaristischen Diktatur. Seine Stellung, bereits durch das Bonner Grundgesetz stark gemacht, konnte im Prozeß des Wiedererstickens des deutschen Imperialismus und der Militarisierung in Westdeutschland,

Die Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik wurzelt in den von der Arbeiterklasse, von allen wahrhaft patriotischen Deutschen und den größten Heroen des Geistes unserer Geschichte stets gepflegten und weiterentwickelten Traditionen echten Humanismus, der Menschenliebe und Völkerfreundschaft, in der Tradition der Achtung vor der Menschenwürde, vor der Kultur und Leistung eines jeden anderen Volkes... Indem wir die Lehren aus den beiden Weltkriegen gezogen haben, sehen wir unsere erste Aufgabe darin, mitzuhelfen, den Krieg aus dem Leben des deutschen Volkes und der Völker zu verbannen.

(Aus der Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrates, Genossen Walter Ulbricht, vor dem Diplomatischen Korps.)

gefördert durch die verräterische Politik der rechten SPD-Führer, immer mehr zur autoritären Kanzlerherrschaft ausgebaut werden. Dieser Weg wurde unter Bruch des Grundgesetzes durch Geschäftsordnungs-tricks geebnet und soll mit dem Abschluß der Notstandsgesetzgebung nunmehr seine Perfektion erhalten.

Um so mehr wird der Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik, an Ansehen auch unter den Völkern in Westdeutschland gewinnen.

Dr. T. Schönrad, Dr. Menzel